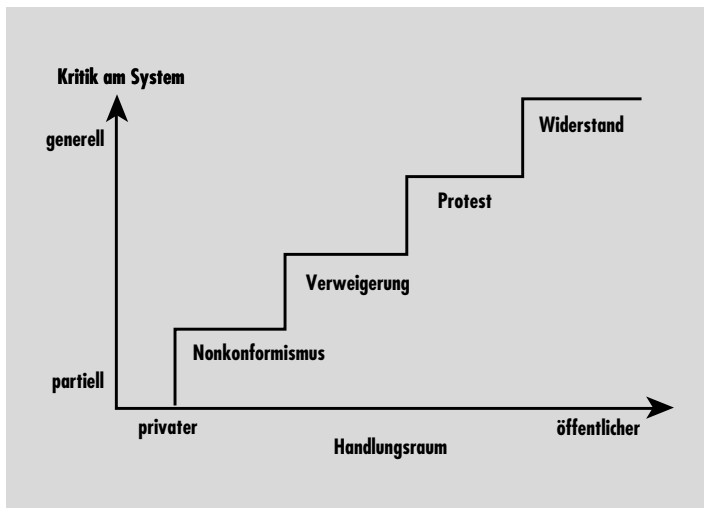


Vorwort. Der im Folgenden abgedruckte Beitrag "Der rote Vorposten Hamburgs. Widerstand in Wedel" ist eine Schülerarbeit, die 1999 mit Erfolg am Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten teilgenommen hat. Unter der Betreuung ihrer Tutorin A. Kjer-Peters haben vier Schüler und zwei Schülerinnen des Johann-Rist-Gymnasiums in Wedel den Aufsatz verfaßt. Mitten in ihrer Arbeit erschien zum selben Thema eine publizierte Magisterarbeit aus der Feder von Christine Pieper, Widerstand in Wedel, Hamburg 1998. Die Schülergruppe reagierte verständlich, nämlich ratlos und etwas enttäuscht. Aber dann machte sie einfach weiter. Und wir finden, ganz im Sinne unseres 'demokratischen Anspruchs', daß dieser Beitrag gleichwohl in DG publiziert werden sollte. Besonders interessant dürfen wir den Aspekt des SA-Flugblattes finden, auch wenn wohl offenbleiben muß, ob es sich tatsächlich um ein SA-Flugblatt oder einen nicht ganz unüblichen Desinformationsversuch handelte. Die Herausgeber

**Definition des Begriffes Widerstand.** In Anlehnung an die Definition von Widerstand durch Peukert<sup>1</sup> in „Die Edelweißpiraten“ bezeichnen wir Widerstand als die umfassendste Form, von einem bestehenden politischen System in Meinung und Verhalten abzuweichen.

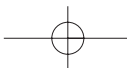
**Björn Albert,  
Matthias Büttner,  
Franziska Just,  
Myriam Sander,  
Christoph Schöttner:  
Der rote Vorposten Hamburgs  
Widerstand in Wedel**

<sup>1</sup> Peukert, Detlev: „Die Edelweißpiraten“ Köln 1983, 2. Aufl. S. 236



Peukert teilt das „abweichende Verhalten“ in vier Stufen ein und setzt diese Vorstellung graphisch mit Hilfe eines Koordinatensystems um. Die y-Achse zeigt das Ausmaß der Kritik an dem bestehenden System. Bei niedrigen Stufen gilt, daß die Kritik noch partiell, also auf bestimmte Tatbestände gerichtet ist, während die höheren Stufen eine immer generelle Kritik am herrschenden System symbolisieren.

Die x-Achse beschreibt den Handlungsraum der Person, die das System ablehnt. Von Unzufriedenheit im Stillen, also im privaten Handlungsraum wächst der Grad an Widerstand je öffentlicher das abweichende Verhalten gezeigt wird.



Die vier Stufen Peukerts sind gleich groß und gleich stark ansteigend. Der „Nonkonformismus“, das aktiv bekundete Abweichen von einer herrschenden religiösen, weltanschaulichen oder gesellschaftspolitischen Einstellung, ist die niedrigste Stufe im Koordinatensystem. Er wird also als partielle Kritik im privaten Handlungsraum festgelegt.

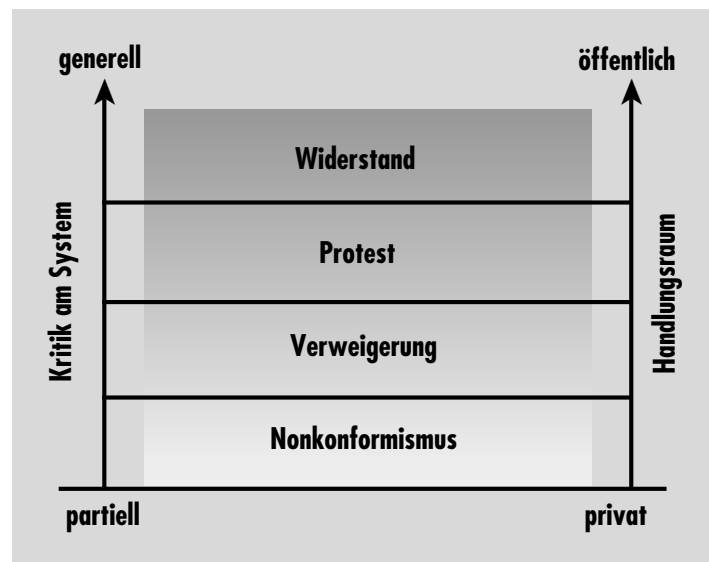
Als zweite Stufe wird die „Verweigerung“ dargestellt, also das bewußte „Nicht-Gehorchen“, das eine weitergehende Kritik schon in mehreren Punkten voraussetzt und halb öffentlich, halb privat stattfindet.

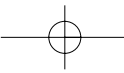
Die dritte Stufe im Koordinatensystem beschreibt den Protest. Allgemein heißt Protest Widerspruch oder Einspruch, auf politischer Ebene bedeutet er scharfen öffentlichen Widerspruch gegen Maßnahmen oder Planungen staatlicher oder kommunaler Organe, Verbände, Institutionen oder politischer Gruppierungen. Mittel des Protestes sind zum Beispiel Demonstrationen, Sitzstreiks, Flugblattaktionen oder auch offene Briefe. Protest ist schon ein hoher Grad abweichenden Verhaltens, er zeigt eine generelle Kritik am herrschenden System, der Raum, in dem Protest stattfindet, ist in großem Maße öffentlich, nur in einigen Bereichen noch privat oder anonym im Verborgenen.

Als höchstes Stadium des abweichenden Verhaltens bezeichnet Peukert den Widerstand als solchen, der die aktive Auflehnung gegen ein als unrechtmäßig oder tyrannisch empfundenen Regime ist. Im eigentlichen Sinne ist eine Widerstandsbewegung die auf Erringung der freiheitlichen Selbstbestimmung eines Volkes gerichtete Umsturzbewegung in totalitären Staaten, also eine so weitgehende Kritik am System, daß dessen totale Entmachtung das Ziel ist. Die Teilnahme an einer öffentlichen Widerstandsbewegung erscheint den Widerstandskämpfern unter Berufung auf das Widerstandsrecht ethisch gerechtfertigt, während die in der Legalität stehenden Machthaber sie als Hoch- und Landesverräter verfolgen.<sup>2</sup>

Grundsätzlich teilt unsere Arbeitsgruppe Peukerts Theorie der „Stufen abweichenden Verhaltens“: Einzig die Übergänge von einer Stufe zur

<sup>2</sup> Definitionen aus: F.A. Brockhaus, „Der neue Brockhaus“ Wiesbaden 1980, 6. Aufl.





nächsten sollten, unserer Meinung nach, fließender, also besser mit Hilfe einer steigenden Kurve dargestellt werden, da die vier Stufen nicht klar voneinander zu trennen sind, sondern nahtlos ineinander übergehen. Außerdem ist aus dem stufenförmigen Aufbau nicht deutlich ersichtlich, daß die niedrigeren Stufen Voraussetzung für die nächsthöheren sind. Deshalb empfinden wir eine Anordnung der vier Stufen übereinander als eindeutiger, wobei auch hier der fließende Übergang offenkundig sein muß.

Aus der Grafik ist trotz der Veränderung zu ersehen, daß mit steigendem Widerstandsgrad die Kritik am System genereller und der Handlungsraum öffentlicher werden. Es ist eindeutig, daß der Nonkonformismus die niedrigste Stufe abweichenden Verhaltens und zudem die Grundvoraussetzung für die höheren Stufen ist.

Wir haben uns in unserer Arbeit nicht auf den „Protest in der Geschichte“ beschränkt, sondern auch Nonkonformismus, Verweigerung und Widerstand im „Dritten Reich“ untersucht.

**Biographie Hermann Oppermann.** Hermann Oppermann wurde am 23. Mai 1901 in Reinbek, Kreis Storman, als Sohn des Gutsvogtes Wilhelm Oppermann geboren. 1906 kam er mit seinen Eltern nach Wedel. Seit seinem sechsten Lebensjahr besuchte er die Volksschule in Wedel und verließ diese 1916 mit Abschluß. Nachdem sein Vater 1912 tödlich verunglückt war, mußte er seit seinem elften Lebensjahr die Familie durch Arbeit unterstützen. Nach seinem Schulabschluß begann er bei der Firma J.D. Möller zu arbeiten. Dort war er mit einer kurzen Unterbrechung bis 1921 beschäftigt.

1918 trat er den „Freien Gewerkschaften“ bei, denen er bis zur Auflösung durch die Nationalsozialisten angehörte.

Ab 1921 ging Hermann Oppermann auf Wanderschaft, um Gesellschaftsunterschiede kennenzulernen. Auf seiner Wanderung kam er unter anderem nach Bremervörde, Wesermünde, Frankfurt a.M., Stuttgart, Ulm und in das Ruhrgebiet. Den Lebensunterhalt während der Wanderschaft verdiente er sich als Montagehelfer, Torfstecher, Pferdeknacht und als Bergarbeiter. 1922 kehrte er dann nach Wedel zurück.<sup>1</sup> In den folgenden Jahren war er bei verschiedenen Firmen beschäftigt, zum Beispiel bei der Zuckerfabrik in Wedel, in der er zum Mitglied des Betriebsrates gewählt wurde.<sup>2</sup>

Oppermanns Erscheinungsbild und seine direkte Meinungsäußerung machten ihn zu einem sehr aufrichtig wirkenden Menschen. Durch seine körperliche Größe, die hagere Gestalt, seine gesunde, rötliche Gesichtsfarbe, die flachsblonden Haare und hellblauen Augen wirkte Hermann Oppermann schon rein äußerlich sehr offen, aber auch bestimmt und durchsetzungsfähig.<sup>3</sup>

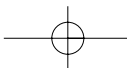
Am 23. Juni 1923 heiratete Hermann Oppermann Helene Skowronek (geb.: 23.5.1904). Aus dieser Ehe gingen zwei Kinder hervor. Ebenfalls 1923 trat er der KPD bei und wurde 1929 kommunistischer Stadtverordneter. Dieses Amt bekleidete er bis 1933.

Infolge seines Widerstandes gegen das NS-Regime wurde er zweimal in „Schutzhaft“ genommen und Ende 1933 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus in Brandenburg/ Ha-

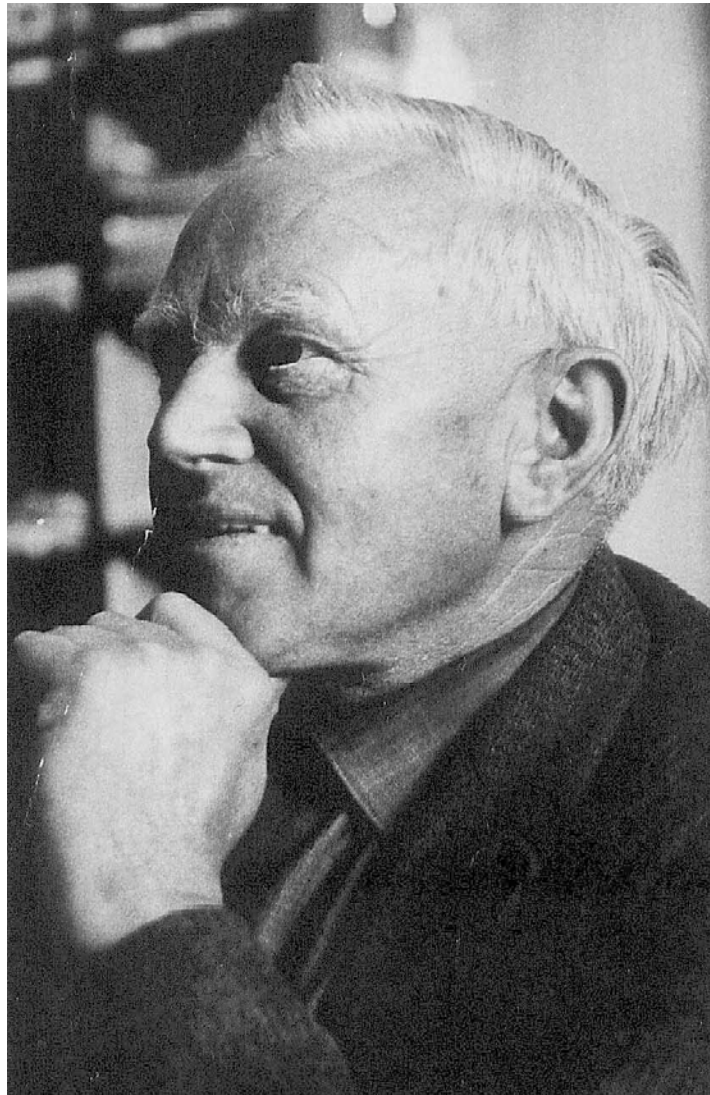
<sup>1</sup> Aus einem selbstverfaßten Lebenslauf von Hermann Oppermann, undatiert, in Stadtarchiv Wedel, 1514.2

<sup>2</sup> Aus einem Gespräch mit Günter Wilke, Februar 1999

<sup>3</sup> Aus Zeitzeugenberichten von Günter Wilke und Lisa Friedebold



Hermann Oppermann,  
(Foto aus dem Privatbesitz von Günter  
Wilke)



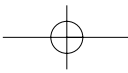
vel verurteilt. Nach der Haftentlassung aus der Strafanstalt Görden, Kreis Brandenburg, am 18. Mai 1936 begann er bei der Deutschen Werft in Finkenwerder als Bohrer zu arbeiten. Dort war er bis 1945 beschäftigt, wurde dann wiederum in Schutzhaft genommen und in das Konzentrationslager Neuengamme überführt.

Ab August 1945 arbeitete er bei der Firma „Aromax“<sup>4</sup> in Wedel. Aber bereits am 16. November 1945 wurde Oppermann als Verwaltungsangestellter der Stadt Wedel verpflichtet.<sup>5</sup> Er war bis zum Erreichen der Altersgrenze am 31. Mai 1966 Leiter des Wohnungsamtes, blieb aber noch Personalratsvorsitzender in Wedel.

Hermann Oppermann erkrankte an unheilbarem Krebs, der sich in einem schnell wachsenden, weichen Sarkom äußerte. Obwohl er sich im Hamburger Krankenhaus St. Georg einer Strahlenbehandlung unterzog, verstarb Oppermann schon 1967 im Alter von 66 Jahren.

**4** Backmittelfabrik in Wedel

**5** Die britische Besatzungsmacht forderte sozialdemokratische und kommunistische Politiker zur Verwaltung, da eine Zusammenarbeit mit Nationalsozialisten unerwünscht war.



**Politisches Engagement und Widerstand.** Hermann Oppermann war sowohl vor, während, als auch nach der Zeit des Nationalsozialismus kommunalpolitisch tätig. Er trat 1923 der KPD Wedel bei und wurde 1929 Stadtverordneter. Im selben Jahr gründete er mit anderen Wedeler Kommunisten den „Norddeutschen Arbeiterschutzbund“ (NASB), welcher eine Ersatzorganisation des verbotenen „Rot-Frontkämpfer-Bundes“ war.<sup>6</sup> Oppermann war bis 1933 Mitglied beim „RotSport“, einem kommunistisch orientierten Sportverein.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 wurde am 2. Februar zunächst ein Demonstrationsverbot ausgesprochen und am 4. Februar die Versammlungs- und Pressefreiheit stark eingeschränkt. Schon am 3. Februar gab Oppermann bei einer Versammlung der Wedeler KPD zu verstehen, daß die Versammlung auf Anordnung des Bürgermeisters Ladwig von der Polizei überwacht würde und die Redner deshalb unter einem Zwang stünden.<sup>7</sup>

Hiermit begann die illegale Phase für die kommunistischen und andere nichtfaschistische Parteien und Gruppierungen. In Wedel gingen die Nationalsozialisten anfangs ausschließlich gegen die Kommunisten vor. Diese Vorgehensweise deckte die Schwächen der lokalen Parteien auf, zum Beispiel daß es sowohl bei der SPD als auch bei der KPD kein geeignetes Konzept gab, um eine gemeinsame Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen das nationalsozialistische System zu organisieren.

Die Wedeler KPD hatte, da für die Hauptfunktionäre eine Fortführung der Partei unter allen Umständen außer Frage stand, bereits im Dezember 1932 unter dem politischen Leiter H. Oppermann begonnen, Vorbereitungen für die illegale Phase einzuleiten. Dies tat sie zum Beispiel, indem der Funktionär des „Kampfbundes gegen den Faschismus“, Reinhold Tietze, aufgefordert wurde, kleinere Mengen Waffen und Munition in seinem Garten zu vergraben und, wenn notwendig, Oppermann auszuhändigen.<sup>8</sup>

Auch ging von Oppermann und anderen Wedeler Kommunisten die Initiative aus, gemeinsam mit der SPD eine „Einheitsfront der KPD und SPD“ gegen die Nationalsozialisten aufzubauen.<sup>9</sup> Dies scheiterte daran, daß das Arbeitermilieu durch jahrelange Parteienkonkurrenz gespalten war. Außerdem hielt die SPD einen Zusammenschluß dieser Art für unglaubwürdig, da die KPD zuvor die SPD als „Arbeiterverräter“, „Kapitaltsknechte“<sup>10</sup> und „Sozialfaschisten“<sup>11</sup> abqualifiziert hatte.

So entwickelten sich während des Hitlerregimes bekanntlich verschiedene Widerstandsstrukturen der KPD und SPD, wobei allmählich eine Achtung der Parteien voreinander entstand und sich das Verhältnis verbesserte.

Durch die Verteilung illegaler Flugblätter und die für den Widerstand wichtigen Nachbarschaftsbeziehungen verflochten sich jedoch die Schicksale einiger SPD- und KPD-Widerständler, so zum Beispiel die Hermann Oppermanns (KPD) und Karl Danczewitzs (SPD). Am 10. November 1933 führte die Polizei überraschend eine Hausdurchsuchung bei Karl Danczewitz durch, bei welcher illegale Flugblätter gefunden wurden.<sup>12</sup> Ihr Inhalt richtete sich gegen die sogenannte Volksabstimmung am 12. November. Alle Arbeiter, Kommunisten, Sozialdemokraten und Angehörige der SAJ (Sozialistische Arbeiter Jugend) wurden

**6** Bericht der LKPS Altona vom 25.10.1929, in Stadtarchiv Wedel, 221.3

**7** Berichte der OPB Wedel vom 2.2.1933 und 4.2.1933, in Stadtarchiv Wedel, 183.2

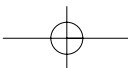
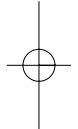
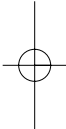
**8** Bericht des OPB Wedel vom 13.11.1933 und LGA-Urteil vom 21.2.1934 in LAS, Abt. 352 Altona, Nr. 8497

**9** Berichte der OPB Wedel vom 15.2.1933 und 18.2.1933, in Stadtarchiv Wedel, 183.2

**10** BARuD, M856, „Der Rote Roland. Eine Zeitung für die Werktätigen in Wedel“, März und Oktober 1929

**11** BARuD, M4793, „Der Zuckerprolet“; Artikel „Wedel im Zeichen der Roten Front...“ aus der „Hamburger Volkszeitung“, Organ der KPD für die „Werttätigen der Wasserkante“, Nr. 219, 21.9.1929

**12** Bericht der OPB Wedel vom 10.11.1933, in Stadtarchiv Wedel, 1563.3



**13** Aus einem Gespräch Lothar Barops und Jürgen Pieplows mit Karl Danczewitz am 18.12.1979

**14** Briefwechsel, in Stadtarchiv Wedel, 162.5

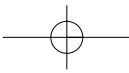
zu einheitlichen Aktionen und zur Bildung einer antifaschistischen Kampftruppe aufgefordert. Außerdem wurden darin die nichterfüllten Versprechen der nationalsozialistischen Regierung aufgezählt und Forderungen nach Arbeit, höherem Lohn und Kohlen für den kommenden Winter erhoben. Danczewitz gab an, die Flugblätter von seinem Nachbarn Oppermann erhalten zu haben. Beide wurden verhaftet und von der Geheimen Staatspolizei auf brutale Weise verhört.<sup>13</sup> Es folgte eine Überführung in das Gerichtsgefängnis Altona. Hermann Oppermann wurde am 18. Januar 1934 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus in der Strafanstalt Görden im Kreis Brandenburg verurteilt. Nach seiner Verhaftung war die kommunistische Widerstandszelle in Wedel führungslos, und ihre Gruppen waren nicht mehr imstande, regelmäßige politische Arbeit auszuüben.

Am 2. Januar 1936 bat der Wedeler Bürgermeister als Ortspolizeibehörde um Auskunft, wie Hermann Oppermann sich in der Strafanstalt Görden führe und ob er noch Kommunist sei.<sup>14</sup> Er erhielt am 10. Januar die Antwort, die ihn informierte, daß Oppermann sich seit dem 29. Januar 1934 in Straftaft befände und daß seine Strafzeit am 18. Mai 1936, also zwei Monate vor seiner geplanten Entlassung, ende. Oppermann habe sich „ohne Tadel“ geführt und so das Vertrauen der Beamten erworben. Er bekleide deshalb einen Vertrauensposten, auf dem er sich zuverlässig und gewissenhaft bewährt habe. Der Staatsanwaltschaftsrat berichtet weiter, daß Oppermann in wiederholten Unterredungen angegeben habe, daß er früher jahrelang der KPD angehört und an die von ihr versprochenen guten Ziele und Zwecke geglaubt habe. Im Jahr 1933 habe er sich beim Umbruch nicht sofort umstellen können und habe auch nicht heucheln wollen. Oppermann erkläre weiterhin, von der kommunistischen Idee völlig geheilt zu sein und daß er sich danach sehne, zu seiner Familie zurückzukehren und mit ihr ein geordnetes, friedliches Leben aufzunehmen. In der Strafanstalt sei man sich nicht sicher, ob diese Einstellung Oppermanns echt sei und tatsächlich auf innerlicher weltanschaulicher Wandlung beruhe, man habe jedoch den Eindruck, daß Oppermann Wert darauf lege, wieder in die Volksgemeinschaft eingegliedert zu werden und sich nach seiner Haftentlassung nicht wieder staatsfeindlich betätigen würde.

In einem späteren Brief an den Wedeler Bürgermeister am 18. März 1936 werden diese Eindrücke wiederholt und dadurch belegt, daß auch aus dem Briefverkehr der Eheleute Oppermann zweifelsfrei hervorgehe, daß sie von der „kommunistischen Irrlehre“ befreit seien.

Um Oppermann den Wiedereintritt in die Wedeler Volksgemeinschaft zu erleichtern und aufgrund seiner einwandfreien Führung in der Strafanstalt Görden, bezahlte die Ortsgruppe der NSDAP in Wedel Helene Oppermann den Reisepreis von 37 Reichsmark, um ihren Mann nach seiner Entlassung abholen zu können. Der Wedeler Bürgermeister Dr. Harald Ladwig forderte den Strafanstaltsoberdirektor in einem weiteren Brief auf, Hermann Oppermann ebenfalls die Reisekosten zu erstatten, um ihm eine besondere Freude zu machen, da er nun von der kommunistischen Überzeugung geheilt sei.

Nach seiner Haftentlassung begann Oppermann bei der Deutschen Werft zu arbeiten. Während dieser Zeit versuchte er, mit ideologisch



gleichgesinnten Arbeitern politische Zusammenhänge von Antifaschisten zu bilden. Ob er an gelegentlich auftretenden Sabotageakten zur Manipulation der Rüstungsindustrie persönlich beteiligt war, ist eine nicht bewiesene Vermutung aus seinem Freundeskreis. Fest steht, daß Hermann Oppermann seine kommunistische Gesinnung nie aufgegeben hat und sogar trotz der vom NS-Regime ausgehenden Gefahr wagte, antinationalsozialistische Gemeinschaften zu organisieren.

Bei der „Aktion Gewitter“ im Sommer 1944, von der hauptsächlich ehemalige SPD- und KPD-Funktionäre betroffen waren, wurden Hermann Oppermann und der spätere Wedeler Bürgermeister Heinrich Schacht am 22. August verhaftet und in das Konzentrationslager Neuen-gamme verschleppt. Nach dem gescheiterten Staatsstreich vom 20. Juli 1944 durch Stauffenberg folgte eine wahre Welle des Terrors gegen dem NS-System bekannte KPD- und SPD-Widerstandskämpfer. In Deutschland wurden ca. 7000 Hitlergegner verhaftet, im Norddeutschen Raum deportierten die Nationalsozialisten etwa 700 Menschen in das Konzentrationslager bei Hamburg.

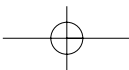
Hermann Oppermann betätigte sich nach dem Krieg früh wieder politisch, wurde von den britischen Besatzern als Leiter des Wohnungsamtes eingestellt. Eine Zusammenarbeit mit einstigen Nationalsozialisten war nicht erwünscht, deshalb wurden ehemalige SPD- und KPD-Funktionäre als Verwaltungsangestellte berufen. So kurz nach dem Krieg war gerade das Wohnungsamt ein äußerst undankbarer Posten, da die Wohnungsnot auch durch das Flüchtlingsproblem extrem groß war.<sup>15</sup> Trotz seines großen Gerechtigkeitssinns konnte Oppermann es nicht allen recht machen, galt aber seine gesamte Dienstzeit lang als absolut unbestechlich und unabhängig. Ein Beispiel (erzählt von Oppermanns Freund Günther Wilke, Lokalreporter des Wedel-Schulauer-Tageblattes von 1958 bis 1964): Ein junges Ehepaar wandte sich auf Wohnungssuche an den damaligen Wedeler Bürgermeister Heinrich Gau. Nachdem die junge Frau dem weichherzigen Gau ihre Situation beschrieben hatte, schickte er das Paar zu Hermann Oppermann mit den Worten: „Erzählen Sie Herrn Oppermann, der Bürgermeister habe gesagt, er solle ihnen eine Wohnung geben.“ An Oppermanns Antwort sieht man, daß er keineswegs obrigkeitshörig war: „Beste Frau, gehen Sie wieder hoch und sagen Sie dem Herrn Bürgermeister, er soll ihnen eine Wohnung geben, vielleicht hat er ja eine. Ich habe keine Wohnung zu vergeben.“

Obwohl Oppermann sein kommunistisches Parteibuch nie verschwiegen hatte, war sein Ansehen im Rathaus sehr hoch. Er wurde viele Male mehrheitlich zum Personalratsvorsitzenden und zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt, sehr zum Leidwesen des Magistrats, der aus den anderen politischen Parteien (CDU, FDP, SPD) zusammengesetzt war („Wie könnt Ihr immer einen Erzkommunisten zum Betriebsratsvorsitzenden wählen?“).<sup>16</sup>

Aufgrund seiner Beliebtheit im Rathaus und seiner Charakterfestigkeit behielt er sein Amt als Leiter des Wohnungsamtes trotz des sogenannten „Adenauer-Erlasses“: Dieser besagte, daß Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands nicht weiterhin im kommunalen bzw. städtischen Bereich angestellt sein dürften. Als Reaktion auf diese Bestimmung verteilte Oppermann am 31. Mai 1952 Flugblätter in Wedel

**15** Wedel war vom Flüchtlingsproblem besonders stark betroffen, nachzulesen in: „1945 – Als Flüchtling in Wedel“, Ein Beitrag zur Wedeler Stadtgeschichte.

**16** aus Gesprächen mit Günther Wilke und Telefonaten mit befreundeten Zeitzeugen



mit der Überschrift „Staatsstreich durch Adenauer“: Hierbei wurde er überrascht, und es wurde Strafanzeige wegen „Staatsgefährdung“ gegen ihn erstattet.

Auch nachdem die KPD 1956 in der Bundesrepublik Deutschland endgültig verboten wurde, blieb Hermann Oppermann Kommunist.

Doch auch bei Leuten anderer Gesinnung war Oppermann ein angesehener Mann, so äußern sich noch heute SPD-Mitglieder, die zu Oppermanns Zeit im Rathaus angestellt waren, außerordentlich positiv zu dem kommunistischen Personal- und Betriebsratsvorsitzenden. Lisa Friedebold, von 1951 bis 1963 bei der Stadt angestellt, meinte, Oppermann sei „der beste Betriebsratsvorsitzende gewesen, den sie je gehabt hätten“: „Der setzte sich wenigstens für uns ein. Er wurde auch immer mit großer Mehrheit wiedergewählt.“

Auch der damalige Leiter des Schul- und Kulturamtes Hans Michael (SPD) stellt Oppermann als „Persönlichkeit allerersten Ranges“ dar, er sei „absolut unbestechlich und völlig integer“ gewesen.

Hermann Oppermann hat trotz massiver Bedrohungen während des nationalsozialistischen Regimes, mehrfacher Inhaftierung und immenser Repressionen seine kommunistische Überzeugung niemals aufgegeben, sondern durchgehend aktiven Widerstand geleistet.

**Biographie von Herbert Maywald.** Herbert Max Paul Maywald wurde am 16. August 1906 in Breslau geboren. Sein Vater, Max Maywald, war ein Kaufmann, vermutlich begann Herbert Maywald aus diesem Grund auch nach 8 Jahren Volksschule und einem Jahr Handelsschule in Mainz am 1. April 1921 eine kaufmännische Lehre bei der Fa. Dreiring-Werke in der Mainzer Zweigstelle. Nachdem er die zweijährige Lehre beendet hatte, war Herbert Maywald bis Ende 1926 bei verschiedenen Kölner Clubunternehmungen als Kassierer, Buchhalter und Croupier tätig. Bis Anfang 1929 arbeitete er als Reisender, zuletzt in einem Papiergeschäft in Hamburg. Wegen einer Krise in diesem Berufszweig gab er die Arbeit auf und arbeitete von 1929 an bei der deutschen Vakuum Oel AG in Wedel.

Doch auch Industrie und Handwerk befanden sich in der Endphase der Weimarer Republik in einer Krise. Anfang 1931 wurde in der Ölraffinerie die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich auf 40 Stunden verkürzt,<sup>1</sup> trotzdem mußten Arbeiter entlassen werden wegen „Betriebs einschränkung“, so auch Herbert Maywald.

Als Arbeitsloser trat Maywald 1932 der KPD bei und entsprach damit dem Bild des typischen Kommunisten, der aufgrund der eigenen Erwerbslosigkeit und der verschärften wirtschaftlichen Lage den Weg zur KPD fand.<sup>2</sup> Die radikalen Konzepte der KPD übten gerade in dieser Zeit eine anziehende Wirkung auf Arbeitslose aus, vermutlich auch auf Maywald, der als Grund für den KPD-Beitritt angab, daß er an die Errichtung einer „Arbeiter- und Bauernregierung nach sowjetrussischem Muster“ geglaubt habe. Er dachte, daß die KPD den Kapitalismus abschaffen und so die „Gleichberechtigung aller Bürger“ bewirken könne.<sup>3</sup>

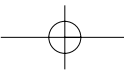
Die kommunistische Prägung Maywalds kann nicht zuletzt auch auf den Einfluß der Kollegen in der oft als „rote Ölfabrik“ betitelten Raffinerie zurückgeführt werden. Der KPD-Beitritt Maywalds entsprach dem Trend der Zeit: Zwischen Januar und September 1932 stieg die

**1** Altonaer Nachrichten, Nr.21, 26.1.1931

**2** Detlev Peukert: Die KPD im Widerstand

**3** KBG-Urteil vom 5.5.1934





Zahl der KPD-Mitglieder von 52 auf 82 an.<sup>4</sup>

Als gelernter Kaufmann schnell in die Parteiarbeit der KPD eingliedert, beteiligte er sich als Ortsgruppenvorsitzender an der Herstellung der als „kommunistisches Hetzblatt gröbster Sorte“<sup>5</sup> (Bürgermeister Ladwig) verbotenen Zeitung „Der Rote Roland“. Laut eigener Aussage betätigte sich Maywald als Journalist und schrieb Texte nach dem Vorbild der „Hamburger Volkszeitung“, die in Wedel illegal verteilt wurde. Doch bereits im Juli 1931 wurde Maywald wegen der Herstellung und Verbreitung des Roten Roland denunziert.<sup>6</sup>

Hier stellt sich nun für uns die Frage, ob das angegebene Beitrittsjahr zur KPD 1932 nicht stimmt, ob Maywald sich bereits vor seinem Beitritt an der publizistischen Arbeit der Wedeler KPD beteiligte oder ob er einfach durch seine politische Nähe zur KPD bzw. aus persönlicher Feindschaft heraus denunziert wurde. Da die Anzeige jedoch weitere bekannte Wedeler Widerständler wie Paul Kraas, Reinhold Tietze und auch Friedrich Werner, zu dem Maywald auch später sehr engen Kontakt hatte, namentlich nennt, kann man vermutlich davon ausgehen, daß die geschilderte Unterhaltung, die der Denunziant gehört haben will, in dieser Form auch stattfand. Dies bedeutet also, daß Maywald bereits vor seinem Beitritt in die KPD für diese politisch aktiv war und sich an deren Widerstand gegen die Errichtung einer nationalsozialistischen Diktatur auch schon 1931 beteiligte. Die Teilnahme an antifaschistischer illegaler Arbeit in Form von Parteiarbeit und Propaganda bestätigte Herbert Maywald später selbst.

Ab März 1933 unterlag Maywald der Meldepflicht und mußte dieser zunächst mehrmals wöchentlich, später täglich nachkommen. Welche Auswirkungen die Meldepflicht auf den Betroffenen und seine Familie hatte, wird in einer Aussage eines anderen Kommunisten deutlich, der 1934 um die Aufhebung der Meldepflicht bat, da sie „seelische und wirtschaftliche Leiden“ verursache.<sup>7</sup> Auch Herbert Maywald gibt in seinem Lebenslauf an, daß die tägliche Meldepflicht es ihm unmöglich gemacht habe, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Wie seine Familie mit dieser Situation umging (Maywald hatte zu dieser Zeit einen dreijährigen Sohn und eine schwangere Frau) konnten wir nicht in Erfahrung bringen, da Maywalds Sohn Günter uns gegenüber angab, keinen Kontakt zu seinem Vater gehabt zu haben. Genauso wenig konnte er uns berichten, wie die Familie mit der ersten Verhaftung Maywalds am 31. Juli 1933, drei Monate vor der Geburt seiner Tochter Gisela, umging.

Nachdem im Juli 1933 zwei Anzeigen bei der örtlichen Polizeibehörde eingegangen waren, in denen die Namen der Hersteller und Verteiler der Roten Rolands genannt worden waren,<sup>8</sup> wurden am 31. Juli 1933 13 Wedeler Kommunisten verhaftet, unter ihnen auch Herbert Maywald. Nach Jahren vergeblicher Ermittlungen war diese Verhaftung ein Achtungserfolg für die Wedeler Ortspolizei. Während der Verhöre durch die örtlichen Polizeibeamten am 31. Juli und am 1. August kam es zu erheblichen Mißhandlungen.

Als Hersteller des Roten Rolands kamen laut eines Schreibens des Bürgermeisters Ladwig vom 3. August 1933 Herbert Maywald und der Arbeiter Fritz Werner in Frage. Beide wurden von der SA und dem Polizeihauptwachtmeister mit einem Schild um den Hals durch Wedel ge-

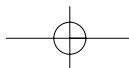
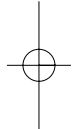
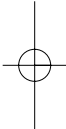
**4** Gliederung der rechts- und linksradikalen Parteien in Wedel vom 18.1.1932, in: StAW, 221.4; Gliederung der linksradikalen Parteien in Wedel vom 15.9.1932, in: StAW, 161.2

**5** Schreiben des Bürgermeisters vom 26.9.1932 an die Polizeibehörde in Hamburg, in: StAW, 1563.3

**6** Polizeiliche Anzeige vom 31. Juli 1931, in: StAW, 1563.3

**7** Schreiben von Bruno Klemp an die Stadt Wedel vom 31.1.1934, in StAW, 104.13

**8** Berichte der OPB Wedel vom 26.7. und 31.7.1933, in: StAW, 1563.3



9 Zitiert nach Stiefvater: Vor 50 Jahren,  
in: Die Meinung 1, Seite 4

führt, auf dem stand, daß sie „... die Regierung und ehrbare Bürger der Stadt mit Schmutz beworfen“ hätten.<sup>9</sup> Zudem wurden die in Wedel bekannten KPD-Funktionäre während des sogenannten „Prangermarsches“ öffentlich mißhandelt. Am 2. August, so das Schreiben weiter, wurden sie mit zehn weiteren Kommunisten, die der Verteilung der Schrift angeklagt wurden und zum Teil geständig waren, dem Amtsgericht Altona-Blankenese zugeführt. In dem Strafverfahren gegen „Maywald und Genossen“ wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ wurden vor dem Berliner Kammergericht sechs Wedeler Kommunisten zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt.

Das KGB-Urteil vom 5. Mai 1934 besagt nicht nur, daß Herbert Maywald, wie auch Fritz Werner, zu zwei Jahren Zuchthaus in der Strafanstalt Rendsburg verurteilt wurde, sondern auch, daß wenigstens einer der Denunzianten, durch deren Aussagen das Urteil überhaupt zustande kam, selber aus den Reihen der an der illegalen Verbreitung des Roten Rolands Beteiligten kam. Daß die Denunzianten aus demselben Milieu kamen wie die Denunzierten, ist jedoch keine ungewöhnliche Erscheinung, wie bereits andere Untersuchungen ergeben haben. Die Denunziationsbereitschaft in Wedel wurde zudem gezielt durch Bürgermeister Ladwig gefördert.

Über die Umstände der Strafverbüßung in der Strafanstalt Rendsburg oder auch den Umgang der Familie Maywalds mit seiner Inhaftierung ist uns aufgrund fehlender Zeitzeugen nichts bekannt. Am 5. August 1935 wurden Maywald und Werner entlassen, standen aber weiterhin unter Polizeibeobachtung.

Im Jahre 1936 wurde Herbert Maywald erneut zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Diesmal berief sich die Anschuldigung auf ein Vergehen gegen das Heimtückegesetz, welches am 20. Dezember 1934 erlassen wurde und Angriffe gegen die NSDAP oder den nationalsozialistischen Staat unter schwere Strafen stellte. Aus unseren Nachforschungen geht hervor, daß der im folgenden beschriebene Vorfall als Anlaß zu Maywalds Verhaftung diente. Herbert Maywald soll, laut den Aussagen des SA-Mitglieds Willy Fritz Schmidt, bei Instandsetzungsarbeiten am Osterkamp, einer Straße in Wedel, Witze über Adolf Hitler erzählt haben, die deutlich eine Beleidigung desselben beinhalteten. Bei seiner Vernehmung stritt Maywald jedoch jegliche Beteiligung an solchen Vorfällen ab. Auch die anderen Mitglieder des Instandsetzungstrupps, die nach Aussagen Schmidts jedoch alle schon im Konzentrationslager gewesen waren und deshalb wahrscheinlich in dieser Angelegenheit für nicht glaubhaft erklärt wurden, stritten ab, jemals die von Schmidt umschriebenen Witze vernommen zu haben. Aus den schon erläuterten Gründen wurde Herbert Maywald, trotz der entlastenden Aussagen seiner Arbeitskollegen, durch ein Schreiben des Wedeler Bürgermeisters Ladwig, vom 2. März 1936, in das Polizeigefängnis im Polizeipräsidium-Altona in der Herderstraße 66 überführt, wo er bis zu seiner Aburteilung festgehalten wurde. Am 4. Juni 1936 wurde er vom Sondergericht in Altona zu der, wie schon erwähnten, 1jährigen Gefängnisstrafe verurteilt, bei deren Verbüßung er, nach den Aussagen des ihm bekannten Wedeler Lokalreporters G. Wilke, schwer mißhandelt wurde und an Leberzirrhose erkrankte.

Obwohl er die volle Strafe verbüßte, wurde er nach seinem Gefängnisaufenthalt immer noch vom nationalsozialistischen Regime benachteiligt und noch 1942 als politisch unzuverlässig bezeichnet, was auch in seinem politischen Führungszeugnis vermerkt war. Da für jede Bewerbung damals ein solches Führungszeugnis nötig war, wurde ihm somit die Ausübung seines Berufes verwehrt, und er mußte seinen Unterhalt als Bauarbeiter verdienen.

Am 4. Februar 1943 wird Herbert Maywald zum Wehrdienst in der Bewährungseinheit 999<sup>10</sup> in Hamburg eingezogen, einer Einheit, die aus politischen Gegnern des Nationalsozialismus bestand und unter polizeilicher Aufsicht für eben dieses Regime kämpfen sollte.

Trotz schwerer Verluste, die gerade diese Einheiten erlitten, überlebte Maywald den Krieg, wobei er jedoch am 1. März 1945 auf Piscopie, einer der mediterranen Inselgruppe Dodekanes zugeordneten Insel, in englische Kriegsgefangenschaft geriet.

Während seiner Kriegsgefangenschaft bemühte sich Maywald um eine Erweiterung seines Wissens in der von den Gefangenen selbst aufgebauten sogenannten „Wüstenuniversität“; wo er unter anderem einen 3monatigen Verwaltungslehrgang absolvierte, der vom 10. Oktober 1945 bis zum Dezember 1945 andauerte und der ihm bei seiner Entlassung auch bescheinigt wurde.

Nach diesem Lehrgang wurde er in den letzten 8 Monaten seiner Kriegsgefangenschaft selber Lehrer und organisatorischer Leiter eines PID (Prisoner Instruction Department) in Ägypten.

Als er am 2.1.1947 mit dem ersten Transport antifaschistischer Kriegsgefangener nach Deutschland<sup>11</sup> zurückkehrte, nutzte er die im Kriegsgefangenenlager erworbenen Kenntnisse und bewarb sich bei der Stadt Wedel um einen Arbeitsplatz im Fürsorgeamt, den er am 21. Mai 1947 auch zugesprochen bekam und als Beamter vereidigt wurde. Nach den Aussagen von G. Wilke war Herbert Maywald mit seinem ruhigen und freundlichen jedoch belesenen Charakter endlich in dem für ihn richtigen Beruf tätig, bei dem er Menschen durch tatkräftige Unterstützung helfen konnte. In diesem Beruf blieb Maywald auch bis zu seiner Pension tätig, obwohl er KPD-Mitglied war und somit durch den sogenannten „Adenauer-Erlass“<sup>12</sup> von 1956 eigentlich hätte entlassen werden müssen, da es Anhängern der nun verbotenen KPD nicht erlaubt war, in der Verwaltung tätig zu sein. In diesem Zusammenhang bestritt der überzeugte Kommunist nicht seine kommunistische Gesinnung, jedoch seine Zugehörigkeit zur KPD. Demnach ist uns auch nicht bekannt, ob Herbert Maywald sich nach dem Verbot der KPD noch weiterhin politisch betätigte oder ob mit diesem Verbot auch sein politisches Engagement beendet wurde.

Unabhängig von dieser Frage mußte Herbert Maywald am 28. Februar 1966 seine berufliche Tätigkeit im Fürsorgeamt aufgeben, da er wegen seiner fortschreitenden Leberzirrhose nicht mehr in der Lage war, die Anforderungen, die an ihn gestellt wurden, zu erfüllen.

Aus diesem Grund führte Maywald eine gerichtliche Auseinandersetzung gegen die Stadt Wedel, bei der es um die Höhe seiner Pension ging, wobei Maywald wahrscheinlich der Ansicht war, daß ihm als KZ-Opfer eine höhere Pension zustehe, da er seinen Beruf aufgrund der Fol-

**10** LAS, Abt.761, Nr.13532

**11** Vgl. SAPMO, DY55/V.241/4/19, Blatt 81-133

**12** Verbot der Beschäftigung von KPD-Mitgliedern im staatlichen Dienst

**13** Nicht mit den Fußnoten erfaßte Informationen aus: Lebenslauf Herbert Maywald, undatiert in STAW, Akte 1513.3, Personalakte Herbert Maywald

gen der im KZ erlittenen Krankheit nicht mehr ausüben konnte. Wie dieser Streit ausging, konnten wir leider nicht feststellen, wobei die Vermutung naheliegt, daß Herbert Maywald noch vor der Beendigung des Verfahrens aufgrund der im KZ einsetzenden Leberzirrhose verstarb.<sup>13</sup>

**Exkurs: Protest in der SA.** Das auszuwertende SA-Flugblatt ist im Original in der Breite vergleichbar mit dem Format DIN A4. Jedoch erreicht es in der Länge ungefähr DIN A3.

Im ersten Viertel des Blattes befinden sich Notizen des Polizeihauptwachtmeisters Lassen und des Bürgermeisters Ladwig über einer gezeichneten Überschrift mit dem Wortlaut „NSDAP OPPOSITION“; die vermutlich vom Verfasser stammt. Lassen vermerkte Fundort, Zeitpunkt und den Namen der Person, die das Flugblatt gefunden hat: „Dieses Blatt ist heute morgen an der Rissener Chaussee gegen 4 Uhr von Georg Eckhardt, Rissen, gefunden und auf der Wache abgegeben.“ Seine Notiz hat er mit „Wedel, den 11.09.1939“ datiert und mit „Lassen, Pol. Hauptwachtmeister“ unterschrieben. Anhand von Schriftvergleichen konnte uns die Stadtarchivarin sagen, daß die beiden Fragen „von wem?“ und „um welche Zeit?“ von Bürgermeister Ladwig stammen.

Die restlichen drei Viertel umfassen den Text des Flugblattes, der mit Schreibmaschine geschrieben wurde und mit folgendem Wortlaut abgedruckt ist.

**Flugblatt aus dem Stadtarchiv Wedel:**

„Wedel, den 9.9.33

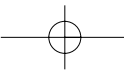
Parteigenossen und SA-Kameraden

Sieben Monate schon regiert unser FÜHRER ADOLPH HITLER in Deutschland, wir haben den Kampf in der vordersten Front miterkämpft, wir haben uns das Ideal anders vorgestellt. Statt der versprochenen Freiheit haben uns unsere Bonzen, die jetzt an der Futterkrippe sitzen, uns auch noch die letzte Möglichkeit uns auszusprechen genommen. Heut' heißt es – die Schnauze halten. Wer sich nicht fügt – kommt ins Konzentrationslager. Das es so ist, das beweist der Fall des Pg. Sebastian hier in Wedel.

Der Pg. hatte an der Fahrt nach KIEL teilgenommen, erlaubte sich den 'allgegenwärtigen' Pg. Peters von der Ölfabrik zu fragen, wie es komme, daß die Kielfahrer noch 2 Mk. Fahrtunkosten zu tragen hätten, da das Auto doch kostenlos zur Verfügung gestellt wurde? Es könne doch auch gerecht vorgegangen werden. DAFÜR KAM ER IN DAS KONZENTRATIONSLAGER nach Glückstadt.

Daß man aber ganz anders handelt, wenn es sich um 'Führer' handelt, beweist ein anderer Fall. Unser Ortsgruppenleiter Pg. Cordes ist beim WILDERN ertappt worden. Jetzt wird von ihm, seinen Amtsfreunden, dem BÜRGERMEISTER und der POLIZEI alles Mögliche gemacht, um die Sache zu unterschlagen. Durch Drohungen und gute Worte versuchen die lieben Pg.'s, die Parteigenossen MATHIESSEN und GREVE davon abzubringen, diese Schweinerei anzuzeigen. Ist aber 'Gottseidank' ohne Erfolg. Pg. GREVE, der diese Sache richtigerweise erst dem Gauleiter berichtete, ist von diesem aus dem Büro geworfen worden.

Daran könnt Ihr sehen, SA- und SS-Kameraden, unsere Bonzen



handeln nach dem Motto der Liberalen: Die Kleinen hängt man, und die Großen läßt man laufen.

Pg. Und SA-Kameraden verlangt sofort eine Mitgliederversammlung, um hierzu Stellung zu nehmen, ehe es ein öffentlicher Skandal wird. Verlangt, daß reiner Tisch gemacht wird. Alles Faule muß verschwinden. Es sind noch anderer Fälle zu klären.

z.B. Daß besitzende Pg.'s ihre Arbeiter, auch Pg.'s, schamlos ausbeuten, Löhne bezahlen, die 'gen Himmel stinken. Wo bleibt die Volksgemeinschaft? Weiter wenden wir uns gegen die unwürdige und unerhörte brutale Behandlung politisch anders Denkender. Nicht durch Terror, sondern durch Schaffung von Arbeit, Brot und Frieden gewinnen wir den Gegner.

Pg. und SA-Kameraden sorgt dafür, daß unsere Bewegung durch diese Vorfälle nicht in den Schmutz getreten wird, und als korrupte Partei dasteht. Es sieht sonst um das 3. Reich traurig aus.

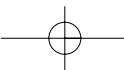
Soeben ist unter unseren Kameraden eine Meuterei ausgebrochen. (Mit Recht) Sie wollen sich nicht mehr vom SCHULDENMAJOR dem Großschnauz (PETERS heißt er) an der Nase herumführen lassen. Seinen Klemperladen (vom Produkthändler) wurde nicht in Ehren an der Front erworben. Waffen und Uniform sind ihm abgenommen und er sieht seiner Bestrafung entgegen. Unsere Kameraden aus dem Reserve ñ Sturm laufen wegen dieser Sauerei auseinander. Wir haben sie uns mühsam zusammengetrommelt. Auf der nächsten Mitgliederversammlung werdet ihr mehr erfahren.

HEIL HITLER.“

**Beschreibung.** Der Anlaß für dieses Flugblatt waren offensichtlich Mißstände innerhalb der SA, die den Unmut unter deren Mitgliedern erregten. Für diejenigen Anhänger von SA und NSDAP, die nichts von diesen desolaten Zuständen mitbekommen hatten, sollte das Flugblatt als Informationsquelle dienen und sie dazu ermutigen, aktiv zu einer Verbesserung der Lage beizutragen.

Im Anfangsteil des Flugblattes geht der Verfasser auf die Stellung der SA im Dritten Reich 1933 ein. Obwohl die Mitglieder der SA maßgeblich zu Hitlers Machtergreifung beigetragen hätten, würde nun ihre Meinungsfreiheit unter Androhung von Höchststrafen beschnitten werden.

Als Beispiel für diese Entwicklung führt der Verfasser einen besonders aufsehenerregenden Fall aus Wedel an. Dort soll der Parteigenosse Sebastian, der offenbar einen niederen Rang in der SA bekleidete, in das Konzentrationslager nach Glückstadt gekommen sein, weil er sich darüber beschwerte haben soll, daß er bei einer staatlich finanzierten Dienstreise noch einen Eigenbetrag zu leisten hätte. Diesem Beispiel stellt der Verfasser des Flugblattes einen Fall entgegen, in den ein höhergestelltes Mitglied der SA, der Ortsgruppenleiter Cordes aus Wedel, involviert gewesen sein soll. Dieser sei beim Wildern beobachtet worden, hätte aber einen einflußreichen Freundeskreis, zum dem der Bürgermeister und Angehörige der Polizei zählen sollen, die darum bemüht seien, die Angelegenheit zu vertuschen. Sie würden versuchen, die Parteigenossen Greve und Mathiessen durch Drohungen und gute Worte davon abzubringen, Cordes wegen dieses Vorfalles anzuzeigen. Dennoch hätte



Greve das Vergehen gemeldet, sei jedoch vom zuständigen Gauleiter aus dem Büro geworfen worden.

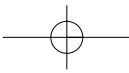
Daraus zieht der Verfasser des Flugblattes den Schluß, daß man in der SA ungerecht urteile, indem man Parteigenossen höheren Ranges kaum oder gar nicht, hingegen die weniger einflußreichen Mitglieder hart bestrafe. Im Anschluß daran ruft der Verfasser die Parteigenossen dazu auf, Mitgliederversammlungen einzuberufen, um Stellung zum Inhalt des Flugblattes zu nehmen. Gleichzeitig ermahnt er die Mitglieder zur Diskretion, um keinen öffentlichen Skandal heraufzubeschwören. In den folgenden Zeilen kritisiert der Verfasser, daß im Dritten Reich Besitzende die Arbeiter ausbeuten und politisch anders Denkende brutal behandelt würden. Er macht deutlich, daß man seine Gegner auf diese Art und Weise nicht für sich gewinnen kann und daß es um das Dritte Reich schlecht bestellt sei, wenn nur noch Korruption in der SA vorherrschen würde.

Am Schluß des Flugblattes führt der Verfasser noch ein Beispiel für die marode Stimmung in der SA aus Wedel an, wo unter den Mitgliedern eine Meuterei ausgebrochen sein soll, die sich gegen den Parteigenossen Peters richtete. Der Verfasser verweist auf die nächste Mitgliederversammlung und beendet das Flugblatt mit dem Hitler-Gruß.

**Interpretation.** Nachdem wir uns mit dem Inhalt beschäftigt hatten, versuchten wir die bei der Arbeit mit dem Flugblatt entstandenen Fragen zu klären. Hierzu gehörten die Frage nach der Authentizität der thematisierten Ereignisse, nach Hintergründen über die im Text benannten Personen und nach einigen Ansichten des Verfassers, die sich überraschenderweise nicht an die nationalsozialistische, sondern eher sozialliberale Denkweise anlehnen.

Obwohl das Flugblatt mit dem 9. September 1933 datiert ist, also ein konkretes Datum besitzt, konnten wir keine Quelle finden, die uns Informationen über den Verfasser oder Herkunftsort liefern konnte. Somit bleibt die Authentizität des Flugblattes und aller Ereignisse, die es beinhaltet, fraglich und läßt Raum für Spekulationen offen. Ein Gespräch mit der Stadtarchivarin ergab, daß man davon ausgehen kann, daß der Inhalt des Flugblattes an einigen Stellen zu propagandistischen Zwecken verschärft wurde, wie es zu dieser Zeit auch bei KPD und SPD üblich war. Aus diesem Grund halten wir es auch für unwahrscheinlich, daß der erwähnte Parteigenosse Sebastian, über dessen Herkunft und Werdegang ebenfalls keine Informationen auffindbar waren, für seine Kritik in das Konzentrationslager nach Glückstadt kam. Für diese Art von Bestrafung konnten wir keinen Nachweis erbringen. Aus der einzigen Akte des Stadtarchives, die sich teilweise mit Maßregelungen innerhalb der SA beschäftigt, geht nur hervor, daß Mitglieder wegen „Desinteresse“ oder wegen Fehlens bei Dienstappellen mit Suspendierung aus der SA bestraft werden konnten. Um so unwahrscheinlicher erscheint die Bestrafung des Parteigenossen Sebastian, da sich beide „Delikte“ in ihrer Schwere ähnlich sind, aber der Unterschied im Strafmaß erheblich ist.

Zum Vergleich führt der Verfasser den Fall des Ortsgruppenleiters Cordes aus Wedel an. Obwohl im Stadtarchiv eine Personalakte von Cordes existiert, wollen wir seinen Werdegang nur bis zur Entstehungs-



zeit des Flugblattes betrachten, da nicht Cordes, sondern das Flugblatt im Vordergrund steht. Der Baumschulenbesitzer Emil Cordes wurde am 18. Mai 1898 geboren und war von 1930 bis 1931 Mitglied des Stahlhelms. Am 1. November 1932 trat er der NSDAP bei und bekleidete 1933 den Rang des Ortsgruppenleiters in Wedel. Wie bei Sebastian gibt es auch bei Cordes keinen Nachweis für die im Flugblatt erwähnte Straftat. Daß Cordes aber mit dem damaligen Bürgermeister Ladwig und der Ortspolizei engen Kontakt pflegte, geht aus Briefen des Stadtarchives hervor. Hingegen fehlt uns wieder jeder Nachweis auf die Parteigenossen Greve und Mathiessen. Demnach können wir auch nicht beweisen, daß den beiden von Seiten anderer Parteigenossen gedroht wurde oder aber Greve von dem damals zuständigen Gauleiter, der uns ebenfalls unbekannt ist, aus dem Büro geworfen wurde.

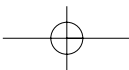
Gegen Ende des Flugblattes wird von dem Verfasser eine Meuterei gegen den sogenannten Schuldenmajor Peters angesprochen. Wir vermuten, daß es sich bei Peters um den am 11. August 1899 geborenen Hans Peters handelt, der 1933 Ortsgruppenvorsitzender der NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) in Wedel war. Ob die Meuterei tatsächlich stattgefunden hat und Peters bestraft wurde, können wir wegen fehlender Quellen nicht sagen.

Obwohl der Inhalt des Flugblattes kaum nachzuweisen ist, gibt er doch einen überraschenden Einblick auf Ansichten innerhalb der SA, die nicht mit der nationalsozialistischen Ideologie zu vereinbaren sind.

So werden die sogenannten Führer des Staates kritisiert, indem sie als Bonzen bezeichnet werden, die auf Kosten derer leben würden, die sich wahrhaftig um das Deutsche Reich verdient gemacht hätten. Der Verfasser prangert die Maßnahmen an, mit denen Mitglieder von NSDAP und SA mundtot gemacht würden, wenn sie diese Zustände öffentlich kritisierten. Er lehnt es ab, daß die Gerichtsbarkeit im Dritten Reich das Strafmaß von Rang und Einfluß abhängig mache und die „Kleinen“ hart und die „Großen“ milde bestraft würden. Weiterhin fordert er, daß alles Faule verschwinden müsse und ruft zu Mitgliederversammlungen auf, die dazu dienen sollen, die Mißstände zu bereinigen.

Der folgende Teil des Flugblattes ist besonders prägnant, da dessen Inhalt von der üblichen Politik im Dritten Reich erheblich abweicht. Zuerst kritisiert der Verfasser, daß besitzende Parteigenossen ihre Angestellten ausbeuten würden und fragt nach der Volksgemeinschaft angesichts dieser Zustände. Im Anschluß daran wendet er sich gegen die brutale Behandlung politisch anders Denkender und stellt die These auf, daß man einen Gegner nicht durch Terror, sondern nur durch Arbeit, Brot und Frieden für sich gewinnen könne. Als Schlußgedanken formuliert der Verfasser die Forderung nach einer schnellen und diskreten Bereinigung dieser Zustände, da man sonst die NSDAP als korrupte Partei ansehen würde und dies verheerende Folgen für das Dritte Reich bedeute.

Besonders auffällig ist das demokratische und kommunistische Gedankengut, was aus den Äußerungen des Verfassers abzulesen ist. So werden die „Herrschenden“ als Bonzen bezeichnet, die sich im kapitalistischen Sinne zum Leidwesen ihrer „Untergebenen“ bereichern. Weiterhin fragt der Verfasser nach der Volksgemeinschaft, die zwar im Drit-



ten Reich propagiert wurde, aber angesichts von Gleichschaltung und Verlagerung aller Macht auf die Person Adolf Hitlers nicht vorhanden war. Es ist erstaunlich, daß Mitglieder der SA die brutale Behandlung gegen politisch Oppositionelle kritisieren, denn es war die SA, die in den Anfängen des Dritten Reiches als Prügeltruppe der NSDAP gegen eben diese Gegner auftrat. Daß man einen Gegner nur mit Arbeit, Brot und Frieden für sich gewinnen könne und Terror wirkungslos sei, widerspricht völlig der nationalsozialistischen Ideologie, wie sie Hitler 1924 in seinem Buch „Mein Kampf“ definierte. Wie es die Geschichte zeigte, wurden alle Gegner des Nationalsozialismus und auch die, die politisch nicht aktiv waren, aber nicht in den rassenideologischen Rahmen paßten, mit äußerster Brutalität verfolgt und ermordet. Die vom Verfasser vorgeschlagene Vorgehensweise kam also niemals zum Tragen.

Nach allen Überlegungen zum Inhalt des Flugblattes bleibt immer noch die Frage nach der Authentizität offen. Fehlende Beweise für den Großteil des Flugblattes und die stark von der nationalsozialistischen Norm abweichende Meinung des Verfassers führen zu der Vermutung, daß es sich um ein fingiertes Flugblatt der politischen Opposition handelt. Dem kann man entgegenhalten, daß die beiden Personen Peters und Cordes nachweisbar sind und die als marode dargestellte Situation der SA 1933 durchaus richtig ist, wenn man die Geschichte der SA beleuchtet. Dabei spielt das Jahr 1934, also ein Jahr nach Erscheinen des Flugblattes, eine entscheidende Rolle, da die SA durch den sogenannten Röhm-Putsch ihre führenden Köpfe und somit ihre Bedeutung verlor. Ob man also dem Flugblatt Glauben schenken kann oder nicht, läßt sich unserer Meinung nach nicht beantworten, da es zu viele elementare Fragen offen läßt.

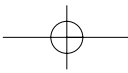
Um das Flugblatt historisch einbinden zu können, haben wir uns mit der Geschichte der SA beschäftigt und mit ihrer führenden Persönlichkeit Ernst Röhm, dessen Ansichten über die Bedeutung der SA im Dritten Reich vom Verfasser übernommen wurden.

Die unter dem Kürzel SA bekannt gewordenen Sturmabteilungen der NSDAP bestanden seit 1920 als parteieigener Ordnungsdienst zum Schutz von Veranstaltungen, Einsatz bei politischen Werbeaufmärschen und gewaltsamen Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern.

Die nach dem Ersten Weltkrieg mehrheitlich aus ehemaligen Soldaten gebildete Truppe gliederte sich nach militärischen Merkmalen, landsmannschaftlichen Gesichtspunkten, Altersklassen und körperlicher Leistungsfähigkeit. 1943 bestanden 25 SA-Gruppen mit 2-7 Brigaden zu 3-9 Standarten; eine Standarte besaß 3-5 Sturmabteilungen zu 3-4 Trupps; ein Trupp unterteilte sich in 3-4 Scharen mit 8-16 SA-Männern.

Die bekannt gewordenen Zahlen der personellen Entwicklung sind relativ unpräzise: Für 1921 werden 300 Männer angegeben, am gescheiterten Hitlerputsch in München 1923 sollen 1500 SA-Männer teilgenommen haben. In der Folgezeit stieg die Mitgliederzahl ungeachtet mehrerer Verbote sowie zahlreicher aus politischen Konflikten wie persönlichen Zerwürfnissen resultierender Ausschluß- und Austrittsbewegungen. Wurden Anfang 1932 ungefähr 420 000 Mitglieder gezählt, wuchs deren Zahl bis 1934 zunächst auf 4,2 Mio., um danach beständig





zu sinken: 1935 wurden nur noch 1,6 Mio., 1938 etwa 1,2 Mio. und 1940 900 000 Mitglieder erfaßt.

Der Nachwuchs der SA rekrutierte sich hauptsächlich aus der Hitler-Jugend, deren Sonderformationen denen der SA entsprachen : Marine-, Reiter-, Nachrichten-, Pionier- und Sanitäts-Einheiten. Mit der Wachstandarte „Feldherrnhalle“ aus sechs kasernierten Sturmbannen in den Standorten Berlin, München, Hattingen, Krefeld, Stettin und Stuttgart existierte eine Einsatztruppe, deren Hauptaufgabe es war, staatliche und parteieigene Dienststellen zu bewachen. Der eigentliche Organisator der SA als einer paramilitärischen Parteitruppe war Ernst Röhm. Er zog sich aber – mit Hitlers Kurs unzufrieden – bereits im April 1925 von der Partei zurück. Einen militärisch geschulten Nachfolger fand Hitler in dem Hauptmann a.D., Franz Pfeffer v. Salomon (1926-1929). Nach dessen Bruch mit Hitler übernahm dieser nun selbst die Führung und blieb fortan Oberster SA-Führer. Erster Stabschef unter Hitler war 1929-1930 Otto Wagener. 1931 ernannte Hitler seinen Duzfreund Ernst Röhm zum Stabschef der SA, was dieser bis zu seiner Ermordung 1934 blieb. Ihm folgten der SA-Obergruppenführer Viktor Lutze und nach dessen Unfalltod 1943 der Führer der SA-Gruppe Sachsen, Wilhelm Schepmann. Die paramilitärische und braun uniformierte Truppe hatte vor 1933 den politischen Kampf der Parteiorganisationen durch die „Eroberung der Straße“ ergänzt.

Dazu waren seit Ende der 20er Jahre in den großstädtischen Arbeiterwohngebieten „Sturmlokale“ eingerichtet worden. Sie hatten sich aus den Treffpunkten und Stammlokalen der teilweise sozial entwurzelten und im Nationalsozialismus eine politische Perspektive suchenden, oft jugendlichen Anhängerschaft heraus entwickelt. Von diesen häufig als Wohnungersatz dienenden Stützpunkten aus organisierte die SA den überwiegend gegen die KPD und ihre Anhänger gerichteten Terror. Aus den auf Provokation angelegten und mit großer Brutalität geführten Straßenkämpfen entstand eine Spirale der Gewalt, deren Überwindung viele Menschen sich von Hitler und der NSDAP erhofften. Aus Hitlers Ernennung zum deutschen Reichskanzler am 30. Januar 1933 leitete die Basis der SA die Berechtigung ab, als „Ordnungsfaktor des Dritten Reiches“ zu wirken und mit den politischen Gegnern „alte Rechnungen zu begleichen“. Am 22. Februar 1933 wurde durch einen Erlaß des kommissarischen preußischen Innenministers Hermann Göring eine Hilfspolizei aus SA, SS und Stahlhelm aufgestellt. Nun konnte die SA, staatlich legitimiert, Verhaftungen vornehmen und eigene Gefängnisse einrichten, wie in Hohnstein (Sachsen), bei Dresden (Lager Dürrgoy) und in der Berliner General-Papen-Straße. Bis dahin hatten die oft „Bunker“ genannten Kellerräume von „Sturmlokalen“ als Gefängnisse gedient. Mannschaften der SA bewachten zusätzlich die 1933 in Oranienburg bei Berlin und in Wuppertal errichteten SA-Konzentrationslager.

Zu den bekannt gewordenen terroristischen Aktivitäten der SA in der frühen Phase der NS-Herrschaft gehörten ebenfalls Übergriffe während des reichsweiten Boykotts jüdischer Geschäfte am 1. April 1933. Die zahlreichen Willkürmaßnahmen der SA im „Revolutionsjahr“ 1933, in dem SA-Führer als Polizeipräsidenten, Bürgermeister und Oberpräsidenten vielfach einflußreiche öffentliche Funktionen der Ver-

waltung übernommen hatten, mußten im nunmehr nationalsozialistischen Staat kanalisiert werden. Da sich Hitlers Pläne von der politischen Konsolidierung des NS-Staates nicht mit den Vorstellungen der SA und ihres Stabschefs von seiner „zweiten sozialen Revolution“ deckten und eine Übereinstimmung den Gegnern Röhm in der Partei auch nicht wünschenswert erschien, inszenierten Hitler, Göring und die SS-Führung im Bunde mit der Reichswehr die blutige Niederschlagung eines tatsächlich nicht gegebenen Staatsstreichs der SA-Führung, der unter der Bezeichnung Röhm-Putsch in die Geschichte einging. Dabei wurden vom 30. Juni bis 2. Juli 1934 85 SA-Führer und Regimegegner der SS ermordet. Mit der Ermordung Röhm am 1. Juli 1934 schaltete Hitler seinen letzten innerparteilichen Widersacher aus, der die Fortsetzung der innenpolitischen Umgestaltung und die Schaffung eines Wehrstaates propagierte, in dem die SA den Kern eines Berufsheeres bilden sollte, und begründete definitiv den „Führerstaat“.

In den folgenden Jahren konzentrierte sich die SA auf die vormilitärische Ausbildung und Wehrtüchtigung der Jugend sowie Straßensammlungen. Beim Pogrom 9./10. November 1938 und an den darauffolgenden Tagen erlangte die SA durch die Mißhandlung und Ermordung jüdischer Menschen sowie die Zerstörung von Synagogen und Geschäften jüdischer Inhaber noch einmal ihre alte terroristische Bedeutung zurück. Während des Zweiten Weltkrieges übernahmen die nicht eingezogenen Reste der SA Aufgaben der Truppenbetreuung, der vormilitärischen Ausbildung und, seit Ende 1944, des Aufbaus und der Verstärkung des Volkssturms.

#### **Quellenverzeichnis des Exkurses**

„Enzyklopädie des Nationalsozialismus“, Herausgeber: Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß, dtv-Verlag, 2. Auflage, Februar 1998  
Sturmabteilungen, S.752-754, Verfasser: Kurt Schilde  
Röhm-Putsch, S.703-705, Verfasser: Manfred Nebelin

#### **„Widerstand in Wedel“**

Herausgeber: Stiftung zur Förderung von Kunst und Kultur der Stadt Wedel, Dölling und Galitz Verlag GmbH, Regensburg 1998, Autorin: Christine Pieper  
Informationen zu Hans Peters, S. 68  
Informationen zu Emil Cordes, S. 66

#### **Stadtarchiv Wedel:**

Akte 221.4 Vertrauliche und geheime Bekanntmachungen und Verfügungen 1931-1932, 1939  
Akte 704.10 Angelegenheiten mit der NSDAP, der SA und deren Mitgliedern 1933-1944  
Akte 706.2 Staatsfeindliche Organisationen und Bestrebungen  
Plakatsammlung, Negativ-Nr.: Ia 285/26